

Beschluss des Beirates Gröpelingen

Übergangswohnheim Gröpelinger Heerstraße 9-13 – Konzept überdenken!

Der Beirat Gröpelingen fordert die Senatorin für Soziales und den Präsidenten des Senats auf, die Planungen für ein Übergangswohnheim mit – laut Bauantrag – 343 Plätzen an der Gröpelinger Heerstraße 9-13 hinsichtlich der hohen Anzahl von Flüchtlingen, die hier untergebracht werden sollen, zu überdenken und an der ursprünglichen Planung festzuhalten. In diesem Zusammenhang wird auf die guten Erfahrungen mit der Einrichtung im Schiffbauerweg hingewiesen.

Begründung:

- Der Stadtteil Gröpelingen verfügt schon heute über viel zu wenig Krippen-, KiTa- sowie Schulplätze für seine Bevölkerung. So sind z. Zt. ca. 90 Kinder im U3 und Ü3-Bereich ohne entsprechende Tagesbetreuung zu verzeichnen. In diese angespannte Lage bis zu 343 Neubürgerinnen und -bürger mit hohen Integrationsbedarfen einzubringen, hält der Beirat für fahrlässig und integrationsverhindernd.
- Aus Sicht des Stadtteilbeirates Gröpelingen erscheint es darüber hinaus unverantwortlich, bis zu 343 Menschen in einem ursprünglich für viel weniger Menschen konzipierten Gebäude unterzubringen. Es scheint, als ob in bestimmten Wohneinheiten kaum mehr als sechs Quadratmeter Wohnfläche pro Person zur Verfügung stehen. Diese beengten Verhältnisse haben in der Vergangenheit in der unmittelbaren Umgebung (Notunterkunft Eissporthalle Paradise) bereits für große Probleme gesorgt. Zusätzliche Gemeinschaftsräumlichkeiten können aus Sicht des Beirates nicht, wie von der Stadtplanung behauptet, ausreichend sein, um Konflikten innerhalb wie außerhalb der Einrichtung vorzubeugen.
- Darüber hinaus befremdet es den Beirat, dass die für den Bauantrag zuständige Baubehörde in einem Protokoll von Ende Juni festgehalten hat, die Sozialbehörde hätte keine kritischen Signale aus Beirat oder Bevölkerung wahrgenommen, da der Beirat Gröpelingen den zuständigen Stellen im Hause der Senatorin für Soziales bereits Anfang 2016 deutlich und in öffentlicher Sitzung signalisiert hat, dass er sich ohne detaillierte Informationen nicht zu dem Projekt äußern könne. Als diese detaillierten Informationen vorlagen – wohlgemerkt erst Anfang Juli und nach abschließender Beurteilung durch die Baubehörde – hat der Beirat den Bauantrag einmütig aufgrund des viel zu schlechten Quadratmeter-Personen-Verhältnisses und der eingangs genannten weiteren Gründe abgelehnt.

(einstimmig verabschiedet anlässlich der Fachausschusssitzung „Integration, Kultur, Arbeit und Wirtschaft“ am 31.08.2016)